



Hauptamt

**Vorlage: Beschlussvorlage
BV/011/2019
AZ: 024.22**

I. Vorlage

Gemeinderat am **15.10.2019** öffentlich Entscheidung

II. Tagesordnungspunkt

Elektronisches Sitzungsmanagement des Gemeinderates
- Elektronischer Versand der Sitzungseinladung und der Unterlagen

III. Anlagen

Einwilligungserklärung

IV. Beschlussvorschlag

Siehe Darstellung des Sachverhalts

V. Finanzielle Auswirkungen

keine Einnahmen: _____
 Ausgaben: ca.. 12.900 €

<input type="checkbox"/> Planmäßig	_____	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Überplanmäßig	_____	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Außerplanmäßig	_____	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag	_____	HH-Stelle	_____
<input type="checkbox"/> Verpf.ermächtigung	_____	HH-Stelle	_____

Darstellung des Sachverhaltes

Die Gemeinde Sontheim an der Brenz hat im Jahr 2015 das elektronische Ratsinformationssystem Session eingeführt. Auf Wunsch des bisherigen Gemeinderates wurden die Sitzungsunterlagen für die Gemeinderatssitzungen nicht nur elektronisch, sondern zusätzlich auch in Papierform zur Verfügung gestellt.

Aus Sicht der Gemeindeverwaltung sollte nach der nun 4-jährigen Einführungsphase konsequent zukünftig die Arbeitsweise vollelektronisch umgestellt werden, da damit eine Arbeitserleichterung in der Verwaltung erzielt wird und auch Kosten (Druck- und Versandkosten) eingespart werden können. Durch die Umstellung auf ein rein elektronisches Vorlagensystem würde durch die Vermeidung von nicht mehr anfallenden Ausdrucken auch größere Papiermengen eingespart.

In der Geschäftsordnung des Gemeinderates (§ 12 Absatz 3) ist bereits vorgesehen, dass mit den Gemeinderäten die elektronische Form der Einladung und die Zurverfügungstellung der Beratungsunterlagen vereinbart werden kann, diese erhalten dann keine zusätzliche schriftliche Ladung und keine schriftlichen Beratungsunterlagen. Von Seiten der Gemeindeverwaltung ist vorgesehen, bis zum Jahresende derartige Vereinbarungen mit möglichst allen Gemeinderäten abzuschließen (siehe Anlage).

Für die Gemeinderäte, die gegenwärtig aus technischen Gründen das Ratsinformationssystem nicht nutzen können, würde die Gemeinde für die Gemeinderatsarbeit I-Pads zur Verfügung stellen, damit nach Möglichkeit ab Januar 2020 die Gremienarbeit nur noch in elektronischer Form erfolgt (Ausnahme: Gemeinderäte, die keine Vereinbarung abschließen).

Damit das Gemeinderatsinformationssystem möglichst reibungslos administriert werden kann, würde die Gemeindeverwaltung auch den Gemeinderäten I-Pads zur Verfügung stellen, die gegenwärtig ein anderes Betriebssystem (Microsoft, Android) benutzen. Hierfür entstehen pro Gerät inklusive Einrichtung Kosten in Höhe von circa 590,00 € (brutto) / Gerät; für die ergänzende Ausstattung mit einem Pencil würden pro Gerät zusätzlich ca. 100,00 € (brutto) anfallen, bei der Anschaffung einer Tastatur mit Foliehülle ca. 196,00 € (brutto) je Gerät. Somit würden, sofern gewünscht, alle Gemeinderäte mit einem I-Pad ausgestattet werden. Das Gerät bleibt im Eigentum der Gemeinde und muss mit Beendigung der Gemeinderatsstätigkeit an die Gemeinde zurückgegeben werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die I-Pads lediglich für den dienstlichen Gebrauch vorgesehen sind.

Von Seiten der Gemeindeverwaltung ist darüber hinaus vorgesehen, sämtliche Gemeinderäte erneut beziehungsweise erstmals auf das Gremieninformationssystem in Form einer In-House-Schulung durch das Rechenzentrum zu schulen.

Beschlussvorschlag

Die Sitzungsunterlagen für die Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse sollen ab Januar 2020 nur noch elektronisch zur Verfügung gestellt werden, soweit die Gemeinderäte entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen haben. Entsprechende Tablets werden von der Gemeinde den Gemeinderäten kostenlos zur Verfügung gestellt.